



Berlin-Brief

von Josip Juratovic
Mitglied des Deutschen Bundestages

14. September 2007

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

mit der 1. Lesung des Haushaltes für 2008 startete in dieser Woche der Bundestag nach der Sommerpause in die zweite Hälfte der Legislaturperiode. Die gute Konjunktur wird zur deutlichen Reduzierung der Neuverschuldung genutzt, jetzt und in den kommenden Jahren. Eines unserer zentralen politischen Ziele ist es, die Neuverschuldung – also das weitere Anwachsen des Schuldenberges – zu stoppen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, können wir uns daran machen, den Schuldenberg auch abzutragen. Denn trotz der guten Konjunktur, trotz der sprudelnden Steuereinnahmen und der Stück für Stück sinkenden Nettokreditaufnahme darf nicht vergessen werden, dass auf Deutschland ein gewaltiger Schuldenberg von rd. 1,5 Billionen Euro lastet. Etwa 40 Mrd. Euro muss allein der Bund jährlich dafür an Zinsen zahlen. Jeder 6. Steuereuro des Bundes geht somit für Zinszahlungen weg. Dieses Geld steht uns somit nicht für Bildung, Forschung, Familienförderung und Klimaschutz zur Verfügung. Der Abbau der Neuverschuldung ist kein Selbstzweck, sondern ein wichtiges Kennzeichen sozialdemokratischer Politik. Denn wir wollen einem handlungsfähigen Staat neue Gestaltungsspielräume erschließen und haben gleichzeitig die Verantwortung für zukünftige Generationen im Blick. Unser Finanzminister kann sich bei dieser schwierigen Aufgabe auf die SPD-Bundestagsfraktion verlassen.

In der Sommerpause konnten wir Sozialdemokraten an entscheidenden Punkten Erfolge in dieser Großen Koalition verbuchen:

- Wir haben uns gegenüber dem Koalitionspartner und den Ländern den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz ab 2013 durchgesetzt. Damit machen wir beim Ausbau der Kinderbetreuung einen Riesenschritt vorwärts und verbessern deutlich die Bildungschancen der Kinder und die Möglichkeiten für Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Nur zur Erinnerung: Der Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz ist eine reine SPD-Forderung gewesen. Die Union wollte diesen Rechtsanspruch nicht! Es ist gut für die Kinder und die Familien in Deutschland, dass wir die Union überzeugt

haben. In der Aufbauphase bis 2013 bekommen die Länder 2,15 Mrd. Euro aus einem Sondervermögen für Investitionskosten. Daneben beteiligt sich der Bund auch an den Betriebskosten, und zwar mit insgesamt 1,85 Mrd. Euro. Nach der Aufbauphase, ab 2014, wenn der Rechtsanspruch gilt, beteiligt sich der Bund an den laufenden Betriebskosten in Höhe von 770 Mio. Euro pro Jahr.

- Ver.di und der Arbeitgeberverband Postdienste haben sich auf einen Mindestlohn im Postbereich geeinigt. Das ist ein toller Erfolg für die rund 200.000 Menschen, die im Postbereich arbeiten. Klar ist aber auch, dass wir bei unseren Bemühungen für einen gesetzlichen Mindestlohn nicht nachlassen werden. Rheinland-Pfalz hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht. Der Druck auf die Union sich zu bewegen wird also eher zu- als abnehmen. Dafür werden die Landtagswahlkämpfe schon sorgen.

Für die kommenden zwei Jahre hat sich die Regierungskoalition einen ehrgeizigen Fahrplan auferlegt:

- Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert und die Menschen vom Aufschwung profitieren. Wir werden mit der Gesetzgebung zu Arbeitnehmerentsendegesetz und zum Mindestarbeitsbedingungengesetz noch im Herbst diesen Jahres beginnen und somit einen Mindestlohn für mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen.
- Wir wollen dafür sorgen, dass sich die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland weiter fortsetzt, u. a. mit der Verstetigung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms.
- Und wir wollen dafür sorgen, dass wir bei der Frage des Klimaschutzes entscheidend weiter kommen. Dazu gehört u. a. den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 25-30 % bis 2020 zu erhöhen.

Jetzt gilt es, diese Ziele mit Leben zu füllen und in konkrete Gesetze zu gießen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Regierung bei diesen Maßnahmen unterstützen und ihrem Stempel aufdrücken.

Noch ein Hinweis zum Schluss: Mit der heutigen Ausgabe des Berlinbriefes ändert sich das Erscheinungsbild der Nachrichten über die Sitzungswoche in Berlin. Meinem etwas längeren persönlichen Anschreiben wird der Newsletter der SPD-Bundestagsfraktion angehängt, der die aktuellen Tagesordnungspunkte der Sitzungswoche zum Inhalt hat.

.Mit freundlichen Grüßen

